



Hessen stellt sich bewusst den Herausforderungen der Globalisierung und hat sich mit der Verabschiedung seiner Entwicklungspolitischen Leitlinien zu den Nachhaltigkeitszielen 2030 der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals - SDG) bekannt sowie in den Grundprinzipien betont, dass Entwicklungszusammenarbeit und Menschenrechte untrennbar verbunden sind.

Die Leitlinien der Hessischen Landesregierung zur Entwicklungszusammenarbeit benennen die Grundsätze, von denen sich Hessen bei der Entwicklungszusammenarbeit leiten lässt, verdeutlichen die Schwerpunkte der Aktivitäten und erläutern die eingesetzten Instrumente. Die Landesregierung stärkt die vielfältigen Akteure aus Hessen in ihren internationalen Bezügen und wirkt flankierend dort, wo der Einsatz der Landesregierung Türen öffnet oder Maßnahmen und Programme von Privaten überhaupt erst ermöglicht. Tatkräftige Unterstützung leistet seit seiner Konstituierung im Herbst 2019 der „Entwicklungspolitische Beirat der Hessischen Landesregierung“. Bei der Sitzung am 25. Oktober 2020 kam es zu einer Empfehlung zum geplanten Bundesgesetz über die Stärkung der unternehmerischen Sorgfaltspflichten zur Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen in globalen Wertschöpfungsketten (Sorgfaltspflichtengesetz) an die Hessische Landesregierung.

Durch seine Entwicklungszusammenarbeit leistet das Land einen Beitrag zur Förderung von Handel und wirtschaftlicher Entwicklung, zur Wahrung der Menschenrechte, zur Sicherung von Frieden und zur Völkerverständigung. Damit trägt Hessen zum Erreichen der von den Vereinten Nationen vereinbarten Entwicklungsziele bei.

Wirtschaftliche Entwicklung ist eine notwendige Voraussetzung für Armutsbekämpfung. Die Stärkung des privatwirtschaftlichen Sektors fördert Wachstum, Beschäftigung, Qualifizierung von Arbeitskräften und schafft Einkommen. In seiner entwicklungspolitischen Zusammenarbeit konzentriert sich Hessen daher auf Projekte, die wirtschaftliches Handeln stärken und den Partnern in den Entwicklungsländern die Eingliederung in den Weltmarkt erleichtern. Zugleich ist dies ein Beitrag, in Entwicklungsländern die Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliches Auslandsengagement zu verbessern. Dabei arbeitet die Landesregierung eng mit hessischen entwicklungspolitischen Vereinen und Organisationen, besonders mit dem Entwicklungspolitischen Netzwerk Hessen sowie mit der hessischen Wirtschaft, zusammen.

Gefördert werden vor allem Bildungsprojekte, die Vermittlung von Know-how und die Stärkung marktwirtschaftlicher Strukturen - vom Selbsthilfeprojekt bis zum Qualifizierungsprojekt im internationalen Marketing.

Dazu gehört auch die Förderung des Fairen Handels. Dieser unterstützt zum einen Produzenten in Entwicklungsländern, zum anderen öffnet er den Bürgerinnen und Bürgern Handlungsmöglichkeiten, als Konsumenten einen Beitrag für eine gerechte Gestaltung von Globalisierung zu leisten. Das Land Hessen fördert Informationsarbeit

HESSEN

zur Entwicklungspolitik, zu Globalisierungsfragen und zur Bildung für nachhaltige Entwicklung unter dem Motto „Mitverantwortung in Denken und Handeln“. Dies stärkt das Verständnis der globalen Zusammenhänge und ermutigt zur Zusammenarbeit mit den Partnern in Asien, Afrika und Lateinamerika.

Siehe auch www.hessische-hochschulen-nordsued.de